

D-4 Jusos Bezirk Hannover Rechte Netzwerke bei Bundeswehr und Polizei zerschlagen

Beschluss: Menschenwürde verteidigen – Rechte Netzwerke in Sicherheitsbehörden bekämpfen

Rassistische, antisemitische oder rechtsextreme Haltungen u.a. in den Reihen von (Elite-) Soldat:innen, Polizist:innen und Mitarbeiter:innen des Verfassungsschutzes sind nicht erst seit der Entdeckung des so genannten rechtsradikalen "Hannibal"-Netzwerkes bekannt. Auch der "NSU 2.0 ist ein weiteres Beispiel für rechtsradikale Netzwerke, Strukturen und / oder wömmöglich Gewaltbereiten im öffentlichen Dienst.

Um dem ersten Artikel des Grundgesetzes gerecht zu werden fordern wir daher:

- Eine lückenlose Aufklärung rechter Netzwerke und Strukturen innerhalb der Bundeswehr und Polizei, des Militärischen Abschirmdienstes und allen Mitgliedern aus der Zivilgesellschaft durch einen Untersuchungsausschuss im Bund sowie in den Landtagen der betroffenen Bundesländer mit entsprechenden Konsequenzen, ohne dabei jede:n einzelne:n Staatsbedienstete:n unter Generalverdacht zu stellen, antidemokratisch zu sein.
- Eine lückenlose Aufklärung über die Rolle des Militärischen Abschirmdienstes sowie des Verfassungsschutzes und etwaigen Verbindungen zum Hannibal Netzwerk.
- Die Entfernung der in dem rechten Netzwerk aktiven Personen aus den Sicherheitsbehörden.
- Präventivmaßnahmen in Form von verstärkten Schulungen und Gesprächen für die Bundeswehr, die Polizei und weitere Dienste, unabhängig vom Rang, in Bezug auf den Nationalsozialismus, Rechte Strukturen und Pflichten und Rechte gegenüber oben genannten Straftaten. Wir verlangen ein klares Bekenntnis zum Grundgesetz von allen in den Sicherheitsbehörden aktiven Personen. (Durch dieses Bekenntnis ist jede:r überzeugte Demokrat:in automatisch Antifaschist:in, denn die Werte der Demokratie stehen denen des Faschismus gegenüber.)
- Das umfassende und sofortige Informieren der auf den "Feindeslisten" genannten Personen und die nötige Unterstützung dieser.
- Eine lückenlose Aufklärung der Taten aller rassistischer und rechtsradikaler Anschläge sowie den Zusammenhang der Täter zu etwaigen rechten Netzwerken in den Sicherheitsbehörden.
- Eine umfassende Studie zu strukturellem Rassismus in Deutschland, mit besonderem Augenmerk auf Sicherheitsbehörden. Diese Studie soll nicht das Vorhandensein strukturellen Rassismus untersuchen - das haben Verbände, Vereine und Betroffene zu genüge getan -, sondern nach Lösungsansätzen und Prävention.
- Eine Überprüfung, in Anbetracht der geschilderten Vorkommnisse innerhalb der Sicherheitsbehörden, ob ein "Defund the Police" Ansatz zielführender ist. Damit können Soziale-Arbeit, Zivile Träger und Präventionsarbeit gestärkt werden, dass diese mehr zum Einsatz kommen können, wenn sie de facto besser geschult sind als Sicherheitskräfte für spezifische "Einsätze". Das könnte u.a. sexualisierte Gewalt, psychische Erkrankungen und Sucht und eine erschöpfende Liste mehr beinhalten.
- Solidarität mit Whistleblowern durch Zeug:innenschutzprogramme, finanzielle Unterstützung und falls die Umstände keine Rückkehr in die Arbeit erlauben, auch gegebenenfalls frühzeitige Pensionsansprüche.
- Das konsequente Verfolgen, Aufklären und ziehen von Konsequenzen in solchen Fällen und Kritik am Gedanken der "Nestbeschmutzerin" / des "Netzbeschmutzers" und der Bundeswehr oder anderen "Einheiten", wie der Polizei, als "Schicksalsgemeinschaft".

- Die Abschaffung des Verfassungsschutzes in seiner jetzigen Form. Mehrfach und seit Jahren wird deutlich, dass die Querfinanzierung durch V-Leute schadet und vieles dennoch nicht verhindert wird, umgekehrt zeigt der NSU-Fall die Abgründe dieser Behörde auf. Eine Reform, die eine tatsächliche und transparente Kontrolle der Arbeit sicherstellen kann ist dabei nicht realistisch. Letztlich muss Arbeit bei Sicherheitsbehörden grundsätzlich umstrukturiert werden, es muss eine Verankerung in der Gesellschaft und in der Demokratie stattfinden.
- Eine unabhängige Beschwerde-, Ermittlungs- und Aufsichtsbehörde
- Eine Überprüfung, inwieweit die parlamentarische Kontrolle über Sicherheitsbehörden gestärkt werden kann. Von Einzelfällen zu sprechen wagt heute nur noch der Verfassungsschutz, dennoch kann auch noch nicht von einem geplanten Staatsstreich gesprochen werden. Aber die Vorbereitung auf einen "Tag X", Prepper, Sammeln von Munition und Waffen und Todeslisten deuten in eine deutliche Richtung - hier wird gegen eine offene und diverse Gesellschaft gekämpft und mobil gemacht. Daher braucht es unbedingt eine koordinierte Vorgehensweise gegen rechte Netzwerke und rechten Terror! Kein Fußbreit dem Faschismus! Rechte Netzwerke zerschlagen!
- Eine wehrhafte Demokratie braucht einen wirksamen Verfassungsschutz.

Überweisen an

Bundesparteitag